



PRESSEMITTEILUNG Nr. 37/25

Luxemburg, den 21. März 2025

Rechtsprechungsstatistiken 2024: Erheblicher Anstieg der Eingänge beim Gerichtshof sowie der insgesamt erledigten Rechtssachen

Mit 922 erledigten Rechtssachen schneidet das Gericht 2024 noch besser ab als im Jahr zuvor und deutlich besser als im Durchschnitt der letzten Jahre. Außerdem ist es ihm gelungen, den Bestand an anhängigen Rechtssachen erheblich zu verringern.

Gerichtshof

1. 2024 kann als **außergewöhnliches Jahr** bezeichnet werden, und zwar sowohl in Bezug auf die Zahl der beim Gerichtshof anhängig gemachten Rechtssachen als auch auf die der vom Organ insgesamt erledigten Rechtssachen.
2. 2024 wurden **920** Rechtssachen beim Gerichtshof anhängig gemacht, was einem Anstieg um 12 % entspricht. **863** Rechtssachen wurden erledigt, was einen Anstieg um 10 % darstellt und fast der Rekordzahl von 2019 entspricht.
3. **Die Zahlen für dieses Jahr erinnern an die vergangenen Höchststände, die 2019 erreicht wurden**, und verleihen der am 1. Oktober 2024 in Kraft getretenen **Gesetzesreform** zur teilweisen Übertragung der Zuständigkeit für Vorabentscheidungen vom Gerichtshof auf das Gericht für besondere Sachgebiete¹ ihren vollen Sinn. Die Anzahl der in den letzten drei Monaten des Jahres 2024 eingereichten und an das Gericht weitergeleiteten Vorabentscheidungsersuchen aus zwölf verschiedenen Mitgliedstaaten beläuft sich auf 19.

Gericht

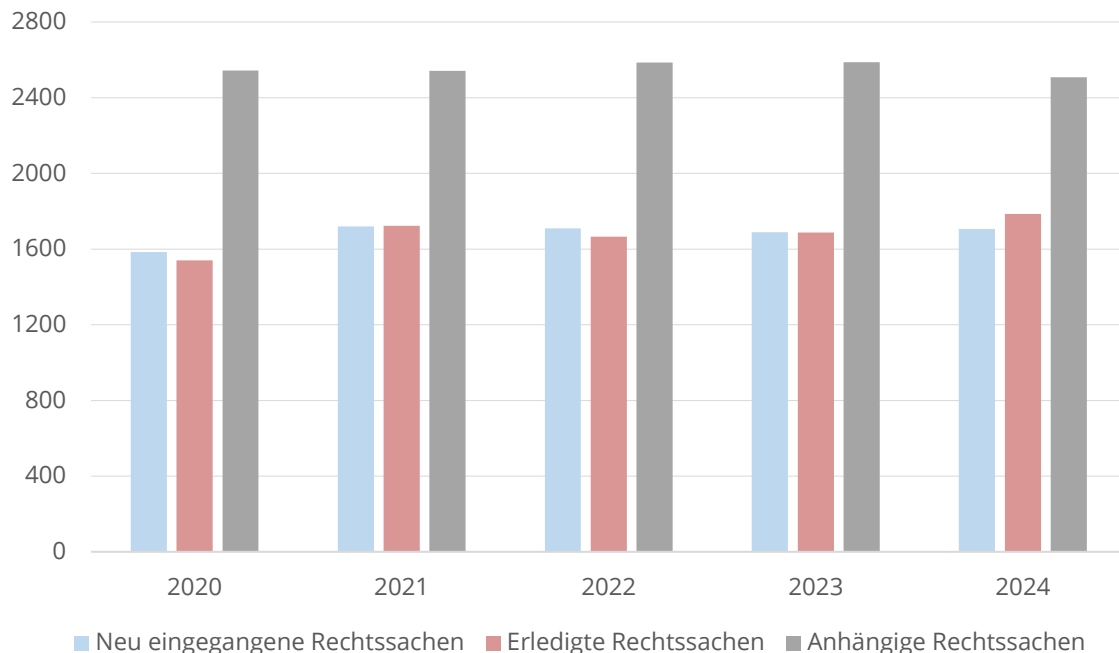
4. Mit **922 erledigten Rechtssachen** schnitt das Gericht 2024 noch besser ab als im Jahr zuvor und deutlich besser als im Durchschnitt der letzten Jahre.
5. Es ist ihm gelungen, den **Bestand an anhängigen Rechtssachen** erheblich zu **verringern**. Mit 1 302 anhängigen Rechtssachen handelt es sich um den niedrigsten Stand seit 2015.

Die Zahl der 2024 bei beiden Gerichten eingegangenen Rechtssachen beträgt 1 706, was vergleichbar ist mit der Anzahl in den Jahren zuvor (1 689 im Jahr 2023², 1 710 im Jahr 2022, 1 720 im Jahr 2021).

Der Gerichtshof und das Gericht erledigten 2024 insgesamt 1 785 Rechtssachen, was im Vergleich zu den Vorjahren (1 687 im Jahr 2023, 1 666 im Jahr 2022, 1 723 im Jahr 2021) außerordentlich ist.

Die Zahl der bei beiden Gerichten anhängigen Rechtssachen ist mit 2 508³ rückläufig im Vergleich zum Vorjahr (2 587 im Jahr 2023) und bleibt hinter dem Niveau der Jahre 2020 bis 2022 zurück.

Allgemeine Entwicklung der Rechtsprechungstätigkeit des Organs von 2020 bis 2024



Allgemeiner Überblick	2020	2021	2022	2023	2024
Neu eingegangene Rechtssachen	1 584	1 720	1 710	1 689	1 706
Erledigte Rechtssachen	1 540	1 723	1 666	1 687	1 785
Anhängige Rechtssachen	2 544	2 541	2 585	2 587	2 508

Der Gerichtshof

2024 belief sich die Zahl der beim Gerichtshof **anhängig gemachten Rechtssachen** auf **920**. Dies ist nicht die höchste Zahl in seiner Geschichte – der Rekord wurde fünf Jahre zuvor mit 966 neu eingegangenen Rechtssachen im Jahr 2019 aufgestellt – allerdings stellt sie immer noch einen **Anstieg um 12 %** im Vergleich zum Vorjahr dar (821 neue Rechtssachen im Jahr 2023).

Der Gegenstand der beim Gerichtshof im vergangenen Jahr anhängig gemachten Rechtssachen entspricht im Großen und Ganzen dem der Vorjahre. Wie in der Vergangenheit wurde er 2024 mit zahlreichen Rechtssachen aus den Bereichen **Verbraucher- und Umweltschutz, Sozialpolitik, Verkehr, Wettbewerb und staatliche Beihilfen** befasst. Viele Rechtssachen betreffen die **Wirtschafts- und Währungspolitik, die restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine** sowie den **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts**. In diesem Bereich wurden 2024 nicht weniger als 123 Rechtssachen, darunter 117 Vorabentscheidungsersuchen, beim Gerichtshof anhängig gemacht, d. h. 40 mehr als im Vorjahr.

Der Gerichtshof hat **863 Rechtssachen erledigt**, was fast der Rekordzahl von fünf Jahren zuvor entspricht (865). Dieses Ergebnis, das einem Anstieg um 10 % gegenüber dem Vorjahr entspricht, in dem 783 Rechtssachen erledigt worden waren, spiegelt die anhaltenden Anstrengungen des Gerichtshofs wider, seine Arbeitslast zu bewältigen.

Die **durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Vorabentscheidungsersuchen** ist von 16,8 Monaten im Jahr 2023

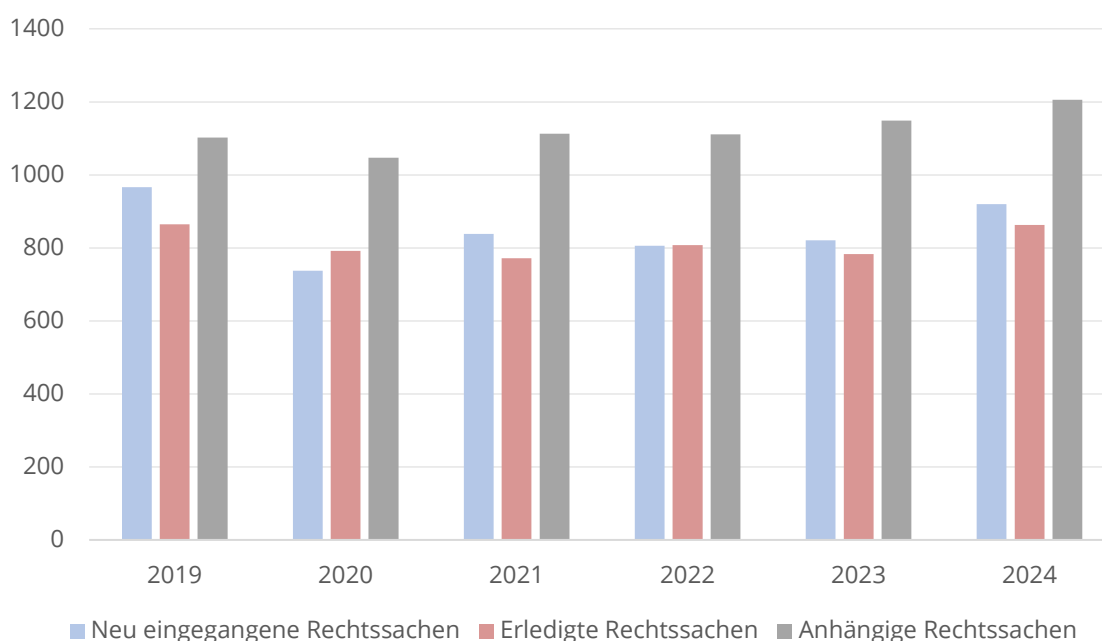
auf **17,2** Monate im Jahr 2024 gestiegen, während die **Bearbeitungsdauer von Klagen im gleichen Zeitraum von 20,8 Monaten auf 21,5 Monate gestiegen ist**. Bei den im Eilvorabentscheidungsverfahren behandelten Rechtssachen ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von 4,3 Monaten im Jahr 2023 auf 3,3 Monate im Jahr 2024 gesunken.

Was die Aufschlüsselung der Entscheidungen nach Spruchkörpern betrifft, so ist vor allem eine **starke Zunahme der Entscheidungen der Großen Kammer** zu verzeichnen. 2024 wurden nämlich 74 Rechtssachen in dieser Besetzung erledigt, gegenüber 36 im Jahr zuvor.

Auch wenn die Zahl der vom Gerichtshof im Jahr 2024 erledigten Rechtssachen außergewöhnlich hoch war, bleibt sie dennoch hinter der Zahl der eingegangenen Rechtssachen zurück, was folglich zu einem **Anstieg der Zahl der anhängigen Rechtssachen** führt, die sich am 31. Dezember 2024 auf **1 206** belief. Das ist die höchste Zahl, die jemals am Gerichtshof verzeichnet wurde. Dies zeugt vom Vertrauen, das die Bürger und die Gerichte der Mitgliedstaaten der Union dem Gerichtshof bei der Beantwortung von Fragen zur Auslegung des Unionsrechts entgegenbringen, aber es unterstreicht auch die Wichtigkeit der im Oktober 2024 in Kraft getretenen Gesetzesreform, die die Arbeitsbelastung zwischen dem Gerichtshof und dem Gericht besser verteilen soll, indem die Zuständigkeit für Vorabentscheidungen teilweise vom Gerichtshof auf das Gericht übertragen wird.

Um es mit den Worten von Koen Lenaerts, dem Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Union, zu sagen: „*In einem nicht immer einfachen globalen Kontext hat der Gerichtshof der Europäischen Union es geschafft, seinen Kurs beizubehalten, ausgerichtet an den ihm durch die Verträge anvertrauten Aufträgen der Rechtsprechung und des Rechtsstaatsprinzips. Er hat sein tägliches Werk zum Schutz der Grundwerte der Europäischen Union und zur Schaffung einer gemeinsamen Rechtsordnung der Mitgliedstaaten fortgesetzt. Zudem hat er neue Meilensteine für seine Arbeit in den kommenden Jahren festgelegt.*“

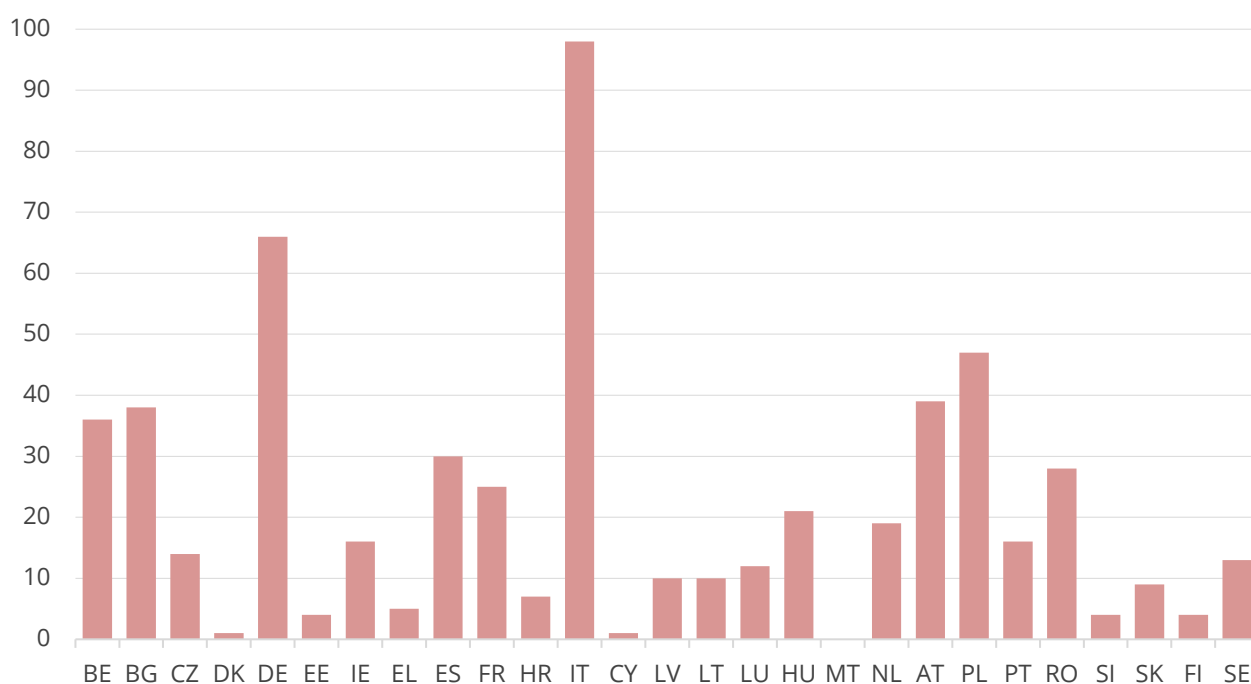
Gesamtübersicht über die Tätigkeit des Gerichtshofs: Neu eingegangene, erledigte, anhängige Rechtssachen (2020–2024)



Allgemeiner Überblick	2020	2021	2022	2023	2024
Neu eingegangene Rechtssachen	737	838	806	821	920
Erledigte Rechtssachen	792	772	808	783	863
Anhängige Rechtssachen	1 047	1 113	1 111	1 149	1 206

Die Analyse des geografischen Ursprungs der 2024 an den Gerichtshof gerichteten Vorabentscheidungsersuchen ist ein aufschlussreicher Faktor. Während die Vorlagen aus Italien 2023 stark zurückgingen, ist ihre Anzahl 2024 stark angestiegen, da die **italienischen** Gerichte in diesem Jahr fast 100 Vorabentscheidungsersuchen an den Gerichtshof gerichtet haben (98, gegenüber nur 43 im Jahr 2023), was die höchste Anzahl an Vorlagen aus diesem Staat innerhalb eines Jahres ist. Die Anzahl der Vorlagen der **deutschen** Gerichte verlief dagegen in die entgegengesetzte Richtung, da sie mit 66 Vorlagen die niedrigste der letzten 15 Jahre war – 2023 waren es noch 94 und drei Jahre zuvor (2020) 140 – während die Anzahl der Vorlagen der **polnischen** Gerichte unverändert blieb, die 2024 den Gerichtshof 47 Mal (gegenüber 48 Mal im Vorjahr) angerufen haben. Ihnen folgen die **österreichischen** (39), die **bulgarischen** (38) und die **belgischen** Gerichte (36).

Von Gerichten der Mitgliedstaaten anhängig gemachte Vorabentscheidungssachen (2024)



BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	HR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	Insgesamt
36	38	14	1	66	4	16	5	30	25	7	98	1	10	10	12	21	0	19	39	47	16	28	4	9	4	13	573

Das Gericht

Die Zahl der 2024 beim Gericht **eingegangenen Rechtssachen** beträgt **786**.

Bei Rechtsstreitigkeiten über Rechte des **geistigen Eigentums** ist ein leichter Rückgang der Anzahl der anhängig gemachten neuen Rechtssachen zu beobachten (268 gegenüber 309 im Jahr 2023), obwohl die Beschwerdekammern des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) im Vergleich zum Vorjahr mehr Verfahren abgeschlossen haben. Der Abwärtstrend dieser Rechtsstreitigkeiten vor dem Gericht könnte sich fortsetzen, da die Beschwerden vor den Beschwerdekammern des EUIPO zurückgegangen sind (- 6 %) und die Nutzung alternativer Streitbeilegungsmechanismen vor dem EUIPO begünstigt wurde.

Rechtssachen aus dem Bereich der **Wirtschafts- und Währungspolitik**, zu dem u. a. auch das Bankenrecht gehört, sind stark rückläufig, insbesondere was die Klagen gegen den Einheitlichen Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB) angeht⁴.

Im Bereich der **Regulierung digitaler Märkte und Dienste** sind sechs neue Rechtssachen zur Verordnung (EU) 2022/2065 über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA), die die Benennung als „sehr große Online-Plattform“ bzw. die Höhe der Aufsichtsgebühren betreffen, und zwei neue Rechtssachen zur Verordnung (EU) 2022/1925 über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA), die die Benennung als „Torwächter“ betreffen, eingegangen. **Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden am Gericht noch keine Rechtssachen betreffend die Umsetzung der diesen Wirtschaftsteilnehmern obliegenden Verpflichtungen durch die Kommission anhängig gemacht, die in den kommenden Jahren zu Rechtsstreitigkeiten führen könnten.**

Die Rechtsstreitigkeiten über **restriktive Maßnahmen** liegen unverändert bei 63 Rechtssachen, genau wie 2023. Die neu eingegangenen Rechtssachen in diesem Bereich betreffen weiterhin überwiegend (47 von 63 Klagen) die Reihe restriktiver Maßnahmen, die die Europäische Union im Zusammenhang mit dem Krieg in der **Ukraine** gegen natürliche und juristische Personen erlassen hat.

Bei den traditionellen Gebieten der Streitigkeiten vor dem Gericht bleibt der **öffentliche Dienst** fast unverändert (78 Rechtssachen gegenüber 82 im Jahr 2023). Im Bereich der **staatlichen Beihilfen** steigt die Anzahl von zehn Rechtssachen im Jahr 2023 auf 23, bleibt aber weit unter vergangenen Werten. Wie in den Jahren 2022 und 2023 sind schließlich nur wenige **Wettbewerbssachen** anhängig, mit zehn neuen Rechtssachen im Jahr 2024.

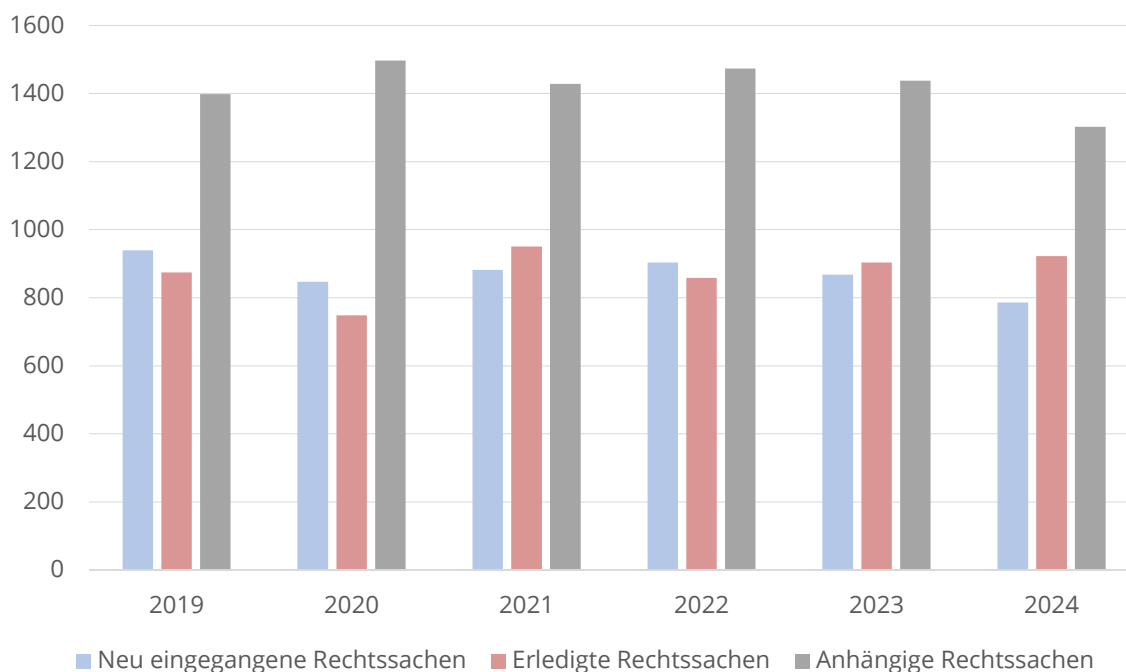
Mit **922 erledigten Rechtssachen** schnitt das Gericht 2024 noch besser als im vorausgegangenen Jahr und deutlich besser als im Durchschnitt der letzten Jahre ab. So ist es ihm gelungen, den **Bestand an anhängigen Rechtssachen** erheblich zu **verringern**. Die erledigten Rechtssachen übersteigen die anhängig gemachten neuen Rechtssachen um 136, so dass sich die Anzahl der am 31. Dezember 2024 anhängigen Rechtssachen auf 1 302 beläuft (wenn das Paket von 404 im Wesentlichen identischen Rechtssachen, die 2023 eingereicht wurden, als eine einzige Rechtssache gezählt wird, ansonsten sind es 1 705). Dies ist die niedrigste Zahl seit 2015.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer ist nahezu unverändert geblieben und nur unmerklich gestiegen. Im Jahr 2024 beträgt sie **18,5** Monate für durch Urteil oder Beschluss abgeschlossene Rechtssachen (gegenüber 18,2 im Jahr 2023) und **22,1** Monate (gegenüber 21 im Jahr 2023), wenn nur die durch Urteil abgeschlossenen Rechtssachen berücksichtigt werden. Dabei schwankt die durchschnittliche Verfahrensdauer in der letztgenannten Kategorie zwischen 42,6 Monaten in Wettbewerbssachen (37,2 in Beihilfesachen) und 13,5 Monaten in Rechtssachen, die das geistige Eigentum betreffen. Die Erledigung mehrerer älterer Rechtssachen bzw. komplexer Gruppen von Rechtssachen, insbesondere in den Bereichen staatliche Beihilfen, Wettbewerb und Bankenrecht, hat zum Anstieg der durchschnittlichen Verfahrensdauer in diesen Gebieten beigetragen. Es wird erwartet, dass sich dieses Phänomen abschwächt und die durchschnittliche Verfahrensdauer in den kommenden Jahren abnimmt.

Mit den Worten von Marc van der Woude, dem Präsidenten des Gerichts: *„In Anbetracht seiner neuen Zuständigkeit für Vorabentscheidungen und der neuen Verantwortung, die sich aus der Ausweitung der vorherigen Zulassung von Rechtsmitteln ergibt, hat sich das Gericht mit sämtlichen für eine effiziente und proaktive Bearbeitung der bei ihm*

anhängigen Rechtssachen erforderlichen Instrumente ausgestattet und sich dabei auf den nächsten Dreijahreszeitraum, der im Oktober 2025 beginnt, vorbereitet.“

Gesamtübersicht über die Tätigkeit des Gerichts: Neu eingegangene, erledigte, anhängige Rechtssachen (2020–2024)



Allgemeiner Überblick	2020	2021	2022	2023	2024
Neu eingegangene Rechtssachen	847	882	904	868	786
Erledigte Rechtssachen	748	951	858	904	922
Anhängige Rechtssachen	1 497	1 428	1 474	1 438	1 302

Zur Verwendung durch die Medien bestimmtes nicht amtliches Dokument, das den Gerichtshof nicht bindet.

Pressekontakt: Hartmut Ost ☎ +352 43033255

Bleiben Sie in Verbindung!



¹ Es handelt sich dabei um folgende sechs Sachgebiete: 1) das gemeinsame Mehrwertsteuersystem, 2) die Verbrauchsteuern, 3) den Zollkodex, 4) die zolltarifliche Einreihung von Waren in die Kombinierte Nomenklatur, 5) Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Flug- und Fahrgäste im Fall der Nichtbeförderung, bei Verspätung oder bei Annullierung von Transportleistungen und 6) das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

² Wenn die 404 im Wesentlichen identischen Rechtssachen, die im Oktober 2023 eingegangenen sind, als eine einzige Rechtssache gezählt werden. Die Klagen (T-620/23 bis T-1023/23) betreffen das zusätzliche freiwillige Altersversorgungssystem der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

³ Ebenda.

⁴ Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Einheitliche Abwicklungsausschuss 2024 keine im Voraus erhobenen Beiträge der dem einheitlichen Abwicklungsfonds unterliegenden Institute mehr erhoben hat, die die Hauptquelle für Rechtsstreitigkeiten waren. Die 14 im Jahr 2024 eingereichten Klagen zielen auf den Neuerlass des Beschlusses über die im Voraus erhobenen Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds für 2021 ab, im Vergleich zu 48 Rechtssachen, die die Beiträge für 2023 betrafen.